

Kehrtwende beim Bitburger Kita-Projekt



Wohin mit den Kleinen? In Bitburg wird seit Jahren eine große neue Kita in der Alten Kaserne geplant. Doch das Projekt steht inzwischen auf der Kippe. FOTO: dpa / Christian Charisius

Bitburg. Fast zehn Millionen Euro wird die neue Kita kosten, die die Stadt Bitburg in der Alten Kaserne plant. Nur zwei Fraktionen wollen das Projekt dennoch durchziehen, damit Eltern nicht noch länger auf einen Platz warten müssen. Die Mehrheit plädiert hingegen dafür, die Reißleine zu ziehen.

Für die einen ist jetzt gerade noch der letztmögliche Zeitpunkt für eine Kehrtwende, weil noch kein Auftrag vergeben und noch nichts gebaut wurde. Für die anderen steckt in dem jahrelangen verfolgten Kita-Projekt schon einfach zu viel drin und die Vollbremsung auf der Zielgeraden, die die CDU da zuletzt in einem Positionspapier angesichts der auf fast zehn Millionen Euro gestiegenen Gesamtkosten deutlich machte (der TV berichtete), sorgt nur für Kopfschütteln.

Das Projekt, das die Stadt seit nunmehr vier Jahren verfolgt, lief von Beginn an holprig. Die ursprünglich geplante Zusammenarbeit mit einem Investor hatte sich 2016 zerschlagen. 2017 kaufte die Stadt den Block in der Alten Kaserne samt der Umbauplanung des Investors. Längst liegt eine Zusage für einen Landeszuschuss von 1,6 Millionen Euro vor, um den die Stadt lange gekämpft hat. Dieser aber ist daran gebunden, dass die neue Kita bis 2021 steht. Und nun will man von vorn beginnen?

Während der Stadtrat das Projekt in öffentlichen Sitzung zuletzt meist mit einstimmigen Beschlüssen begleitet hat, war damit in der gemeinsamen Aprilsitzung von Bau- und Hauptausschuss Schluss. Mit großer Mehrheit hatten die Ausschussmitglieder dem Projekt wegen der gestiegenen Kosten, manche sprachen von „Kostenexplosion“, den

Zuspruch versagt. Von der Tagesordnung der folgenden Stadtratssitzung wurde das Thema kurzerhand wieder abgesetzt.

Nun soll nach Auskunft der Verwaltung voraussichtlich in einer Sitzung am 23. Mai, kurz vor der Kommunalwahl, im Stadtrat abschließend über die Kita beraten werden. Für die CDU-Fraktion stand schon vor Ostern fest: „Mit uns ist dieser Zehn-Millionen-Euro-Wahnsinn“ nicht zu machen (der TV berichtete). Die Gründe: Für das, was die Stadt dann am Ende bekomme, sei das einfach zu viel Geld. Der denkmalgeschützte Kasernenblock gefällt in seiner Anmutung nicht (mehr), sei nicht kindgerecht und die Kosten zu hoch – auch im Vergleich zu Kita-Neubauprojekten wie beispielsweise in Speicher, wo für fünf Millionen Euro Platz für neun Gruppen geschaffen wurde.

Wie eine TV-Umfrage unter den Sprechern der übrigen fünf Stadtratsfraktionen zeigt, ist die CDU, die als stärkste Fraktion acht Mandate hält, nicht die einzige Partei, die der Sache überdrüssig ist. Auch bei Liste Streit (fünf Mandate), den Grünen (fünf Mandate) und der FDP (ein Mandat) ist die Stimmung gekippt.

Dabei hat der Rat noch im Juni 2017 in einer nichtöffentlichen Sitzung mit überragender Mehrheit dem Kauf des Gebäudes zugestimmt und wenige Monate später einstimmig die europaweite Ausschreibung auf den Weg gebracht. Nicht zuletzt segnete der Rat im Dezember 2018 auch den Haushalt einstimmig ab, der das Projekt in der Alten Kaserne ja als eine der größten Investitionen vorsieht – allerdings damals noch zum geschätzten Preis von rund sechs Millionen Euro.

Inzwischen hat Architekt Manfred Weber das Gebäude unter die Lupe genommen, eine konkrete Planung gemacht, zusätzlichen Bedarf bei Lüftungen, Aufzügen und weiteren Details benannt und kalkuliert die Kosten mit 8,5 Millionen Euro. Plus den Erwerb des Gebäudes, für das die Stadt rund eine Million Euro gezahlt hat und die Aussicht, bei der Sanierung noch auf weitere Schäden zu stoßen, firmiert das Kita-Projekt nun in der „Zehn-Millionen-Euro-Rubrik“.

Seither ist es vorbei mit der trauten Einstimmigkeit. Lediglich SPD (vier Mandate) und FBL (fünf Mandate) stehen weiter hinter der seit Jahren geplanten Kita – haben aber mit ihren neun Stimmen in dem 28-köpfigen Gremium keine Mehrheit. Es zeichnet sich ab, dass in der nächsten Ratssitzung konträre Positionen aufeinanderprallen werden – und das ganze Projekt gekippt werden könnte. Ein Stimmungsbild:

Für die **Liste Streit** sagt Willi Notte, dass seine Fraktion „von Anfang an“ von dem Standort „nicht wirklich überzeugt“ gewesen sei. Nachdem aber der Grundsatzbeschluss für die Kaserne gestanden hätte, „haben wir das Ganze konstruktiv mitgetragen“. So erklärt er, dass beispielsweise auch seine Fraktion bis zu der Kostensteigerung hinter dem Projekt stand. Damit ist nun Schluss.

„Das Ganze kostet uns in der Summe um die zehn Millionen Euro. Da muss man sich fragen, ob das ein sinnvoller Umgang mit Steuergeld ist“, sagt Notte. In seinen Augen ist es das nicht. Zumal der Kasernenblock „nicht kindgerecht“ sei. Die Alternative ist für ihn

ein Neubau. Und was ein mögliches Grundstück angeht, sagt Notte: „Wenn die Entscheidung kommt, umzuplanen, würde ich ein Grundstück anbieten.“

In der **Freien Bürgerliste (FBL)** sieht man das völlig anders. „Natürlich stehen wir weiter zu dem Standort“, sagt Fraktions-Chef Manfred Böttel. Schließlich habe man ja aus dem Grund das Gebäude gekauft. „Wenn Kosten steigen, gefällt das keinem“, sagt Böttel. Aber er findet, dass die Stadt den Landeszuschuss von 1,6 Millionen Euro nicht verspielen sollte. „Das Geld können wir abschreiben, wenn wir jetzt aussteigen und noch mal komplett von vorne anfangen“, sagt Böttel.

Würde man auf diesen Zuschuss verzichten und für sieben Millionen Euro an anderer Stelle neu bauen, hätte man nichts gespart. Und da auch dieses Projekt europaweit ausgeschrieben werden müsste, würde die Stadt beim Kita-Bau zwei Jahre mindestens verlieren. Seine Ansicht: „Das ist Eltern, die auf einen Kita-Platz warten, nicht zuzumuten.“

Die Grünen hingegen sprechen wie CDU und Liste Streit von einer „Kostenexplosion“. Und die wirft für Fraktions-Chef Peter Berger Fragen auf. „Ein Bestandsgebäude zu sanieren, macht immer mehr Aufwand als ein Neubau, schon allein wegen der ganzen Technik“, sagt Berger und erinnert daran, dass die Stadt dies ja ursprünglich auch einem Investor überlassen wollte. Für Berger ist das Projekt, nachdem nun die realistischen Kosten bekannt sind, Anlass, noch mal genau nachzudenken: „Bei der großen Anzahl an Gruppen und den dafür nötigen Nebenräumen ist der Block einfach nicht geeignet.“ Zumal mit Beginn der Bauarbeiten noch Überraschungen auftauchen können, die ebenfalls ins Geld gehen können: „Da sind wir ja noch nicht am Ende der Zahlen angekommen.“ Seine Fraktion könnte sich auch was anderes vorstellen – etwa zwei kleinere Kitas in Stadtteilen wie Stahl und Masholder.

Verärgert ist Irene Weber (**SPD**) zunächst schon allein darüber, dass sich „permanent die Beschlusslagen ändert“. Ob bei der Diskussion um die Platzgestaltung und die Parkplätze oder nun auch bei der seit Jahren in der Kaserne geplanten Kita: „Politisches Handeln braucht Verlässlichkeit und Konstanz. Dieses Hin und Her ist einfach inkonsequent.“

Nun noch mal von vorne anfangen? „Wir haben uns für diesen Standort entschieden, weil die Stadt kein geeignetes, zentrumsnahes Grundstück hat, das Gebäude gekauft, Fördermittel beantragt, Pläne zeichnen lassen“, sagt Weber. Dass der Block plötzlich von einigen als „nicht geeignet“ oder „nicht kindgerecht“ bezeichnet werde, überrascht sie: „Ich verstehe nicht, wo das jetzt herkommt. Wir wussten doch von Anfang an, wie das Gebäude aussieht und dass es unter Denkmalschutz steht.“ Eine Überlegung wert findet die SPD die Idee, in der Kaserne bei den ursprünglich geplanten neun Gruppen zu bleiben und dafür in einem der wachsenden Stadtteile drei weitere Gruppen zu schaffen.

Für Patric Nora (**FDP**) ist völlig klar, dass das Projekt „bei diesem Preis“ gestoppt werden muss. Mit Gesamtkosten von rund zehn Millionen Euro sei man „in einem Bereich angekommen, wo es einfach nicht mehr passt“. Aus der Not heraus habe er das Projekt im Bauausschuss ähnlich wie seine Parteikollegin im Stadtrat bisher unterstützt:

„Aber da haben wir über fünf Millionen Euro geredet. Jetzt ist es fast doppelt so viel.“ Und seit eine genaue Kostenkalkulation vorliegt, stimmt für Nora das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht mehr.

Denn egal, mit wieviel Aufwand, die Kaserne umgebaut werde, es bleibe am Ende immer ein Kasernenblock und der sei „nicht kindgerecht“. Bei Brüstungshöhen von 90 Zentimetern habe kein Kind die Chance, aus den Fenstern des denkmalgeschützten Blocks zu blicken. Auch der Eingangsbereich sei in seiner funktionalen Schlichtheit nicht das, was man von einem Gebäude erwartet, das auch ein Ort der Begegnung sein soll.

Nora ist unter diesen Gesichtspunkten für einen Neubau und sagt: „Es kann doch nicht sein, dass wir elf mögliche Standorte für eine neue Feuerwache prüfen und dann soll es für eine Kita keine Alternative geben.“

- Kommentar



Es fehlen die Alternativen

Von Lars Oliver Ross

Kein Zweifel: Jeder hat das Recht seine Meinung zu ändern, auch Kommunalpolitiker. Es gibt Fälle, da bracht man für eine Kehrtwende viel Mut. Denn wenn man einen Plan verfolgt hat und ihn verwirft, stellt sich immer die Frage, warum dies nicht früher geschehen ist. Wenn man überzeugende Antworten geben und bessere Alternativen benennen kann, ist auch eine späte Umkehr mehr als sinnvoll.

Bei der Kita in der ehemaligen Kaserne aber war von vornherein klar, dass die Option der Herrichtung eines Altbaus teurer werden würde als ein Neubau auf der grünen Wiese. Man hat den alten Kasernenblock (inklusive der Pläne für eine Kita) für einen stattlichen Betrag überhaupt nur gekauft, weil die Stadt kein geeignetes Stück „grüne Wiese“ für die bitter notwendige große Kita hatte und hat. Daher fehlt es bei einer Abkehr von den Plänen vor allem an der Alternative.

Was droht ist, dass die Kinderbetreuung in Bitburg für lange Zeit ein Provisorium bleiben wird.

→l.ross@volksfreund.de

- Im Wortlaut

Stellungnahme von Bürgermeister Joachim Kandels

Zum Projekt Kita in der alten Kaserne in Bitburg äußert sich Bürgermeister Joachim Kandels so: „Gemeinsam haben wir uns auf den Weg begeben, im Gebäude 2001 in der Alten Kaserne eine Kindertagesstätte einzurichten, auch nachdem die Option Mietoption gescheitert war. Wir haben das Gebäude erworben und ein EU-weites Ausschreibungsverfahren betrieben, auch weil wir im Konversionsgebiet ein städtebauliches Zeichen setzen wollten und es keine Alternativen gab. Die bisherigen Kosten beruhen auf Kostenschätzungen aus der früheren Planung mit einer damaligen Gruppenstruktur von 9 Gruppen; aktuell gibt es nun erstmalig eine Kostenberechnung für das Projekt mit der aktuellen Gruppenstruktur von 11 Gruppen.

Insgesamt sind in dem gesamten Projekt seit 2016 viele städtische Mittel eingeflossen, darunter Grunderwerb, EU-Ausschreibungsverfahren mit Honoraren für Rechtsberatung und Planungskosten der Architekten/TGA-Planer.

In den letzten Wochen ist eng mit der Kommunalaufsicht, der Kreisverwaltung und Fachbehörden an der Planung gearbeitet worden; ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Beteiligten für die wohlwollende und kollegiale Zusammenarbeit

Alle Kraft wurde dabei darauf verwendet, dass der Bauantrag mit Unterlagen fristgerecht bei der Kreisverwaltung eingereicht werden konnte.

Demnach ist fraglich, wenn diese Kita nicht realisiert werden soll, wann, wo und wie eine Alternative geschaffen werden kann. Dabei müssen wir den Faktor Zeit im Blick haben, aber auch die Kosten, die bisher schon in das Projekt gesteckt wurden.

Will man das Projekt jetzt scheitern lassen, dann müssen wir dabei vor allem im Blick haben: es sind die Eltern und die Kinder, die darauf warten, dass wir als Stadt zu einer Lösung kommen. Kita-Bau ist eine Pflichtaufgabe der Gemeinde.

Im letzten Jahr haben wir uns aufgrund des hohen Bedarfs an Kita-Plätzen in der Stadt Bitburg dazu durchgerungen eine Übergangs-Kita in der Alten Kaserne einzurichten mit dem Ziel, diese nach Fertigstellung der neuen Kita aufzugeben. Hier geht es um nicht unerhebliche monatliche Mietkosten.

Es ist leider so, dass bedingt durch Forderungen und Beteiligungen von Fachbehörden (Brandschutz, Jugendamt, Landesjugendamt, Lebensmittelkontrolle) die Auflagen hoch sind, die enorme Kosten verursachen.

Wir sind uns sicherlich alle darin einig, dass die Landesförderung definitiv zu gering ist; anderen Kommunen im Land geht es genauso. Landauf landab wird über die hohen Kosten gestöhnt.

In der letzten Ratssitzung wurden die Baugebiete Masholder und Matzen behandelt; das Baugebiet Messenhöh soll in diesem Jahr ebenfalls noch in die Planung gehen.

Ein Kriterium für die Wohnortentscheidung sind auch die entsprechenden Bildungs- und vor allem auch Betreuungsangebote. Wir sollten bei unserer Entscheidung auch bedenken, dass bei den heutigen Baupreisen junge Paare, die eine Familie gründen, darauf angewiesen sind, dass beide Partner berufstätig sind. Hier ist es wichtig, dass die Betreuung der Kinder gewährleistet ist und dass es hier seitens der Stadt Verlässlichkeit gibt.

Wir können nicht das eine wollen, nämlich dass Menschen zu uns ziehen, aber das andere dann nicht umsetzen.

Am 3. April war ich zum Frühjahrsempfang der Arbeitgebermarke Eifel in Prüm und habe einen Vortrag einer Vertreterin der Agentur für Arbeit in Trier gehört. Im Eifelkreis waren im Jahr 2017 45,2 % der Frauen berufstätig. Darüber hinaus wurden in diesem Zeitraum 61,7 % der Kinder unter 6 Jahren betreut. In der Stadt Bitburg ist der Bedarf hoch. Über 50 % der Einjährigen und 90 % der Zweijährigen beanspruchen einen Kitaplatz. 29,6 % haben ihren Arbeitsplatz außerhalb des Eifelkreises, pendeln also aus. Auch dies müssen wir bei unserer Entscheidung berücksichtigen.

Weiterhin kommt hinzu, dass das Land derzeit an dem Zukunfts-Kita-Gesetz arbeitet. Wir werden noch in dieser Legislaturperiode erleben, dass ein Rechtsanspruch auf eine Tagesbetreuung am Stück von 7 Stunden am Vormittag – zumindest aber über Mittag - eingeführt wird.

Dieser Rechtsanspruch wird mit Sicherheit von den Berufstätigen angenommen, so wie die Kinderbetreuung der Ein- und Zweijährigen und vielleicht auch eingeklagt? Wir müssen uns als Kommune diesen Pflichtaufgaben stellen, auch wenn wir uns eine insgesamt bessere finanzielle Förderung des Landes wünschen würden. Die kommunalen Spitzenverbände, also GStB oder Städtetag verhandeln derzeit auch in Bezug auf die Novellierung des Gesetzes auch gerade in Bezug auf die Konnexität.

Darüber hinaus steht in den nächsten Jahren auch die Sanierung der Kita Liebfrauen an; hier ist auch dringender Bedarf zur Sanierung des Haupthauses

angezeigt. Es war ja angedacht, nach Fertigstellung der neuen Kita die Kinder aus der Kita Liebfrauen in die Übergangskita umzusiedeln; eine längere Nutzung der Übergangskita würde uns vor die Frage stellen, wie eine Sanierung des Haupthauses der Kita Liebfrauen zeitlich überhaupt umgesetzt werden kann.

Wir sollten unsere Entscheidung im Interesse der Eltern und Kinder treffen und sie nicht über weitere Jahre im Ungewissen lassen. Viele warten aufgrund unserer Planung geduldig ab, weil sie darauf hoffen, dass die Kita nun in Kürze gebaut wird. Sollte dieser Beschluss nicht gefasst werden, werden wir sicherlich mit Unmut zu rechnen haben.

Ich habe bereits einmal einen Zuwendungsbescheid für die erste KitaPlanung (also Mietmodell) an das Land zurückgegeben. Den Bauantrag für die neue 11gruppige Kita haben wir fristgerecht zum 15.04.2019 eingereicht (vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates).

Da im Hinblick auf das Auslaufen der Förderphase ab Ende 2021 voraussichtlich nur noch Förderanträge berücksichtigt werden können, die bis Oktober 2019 eingereicht werden, erachte ich es als unwahrscheinlich, dass bei einer kompletten Neuplanung - inkl. Grunderwerb und Schaffung von Baurecht - eine abgestimmte Planung mit prüffähigen Bau- und Förderunterlagen innerhalb einer Frist von wenigen Monaten bewerkstelligt werden kann.

Daher werbe ich, auch in Anbetracht der bereits aufgewendeten Kosten und der nicht unerheblichen zu erwartenden Fördermittel, für eine Realisierung der geplanten Kindertagesstätte in der Alten Kaserne.“